

B11

Titel Erhöhung der Strafen wegen Mindestlohnverstößen

AntragstellerInnen Sachsen-Anhalt

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Erhöhung der Strafen wegen Mindestlohnverstößen

1 Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Mindeststrafe für Verstöße gegen den gesetzlichen bzw. gegen bran-
2 chenbezogene Mindestlöhne auf 2.500 Euro und die Höchststrafe auf bis zu ein Jahr Freiheitsstrafe erhöht
3 wird.

4

5 **Begründung**

6 Im ersten Halbjahr 2017 hat der Zoll 27.323 Arbeitgeber kontrolliert und dabei 2433 Ermittlungsverfah-
7 ren eingeleitet. An diesen Zahlen kann man deutlich erkennen, dass die bisherigen Bußgelder von vielen
8 Arbeitgebern nicht ernstgenommen werden.